

tigt sich mit der Ausstrahlung eines gelebten christlichen Ehe- und Familienlebens auf die Gesellschaft; fordert das permanente Gespräch zwischen Eltern und Kindern, selbst wenn es der afrikanischen Tradition widersprechen sollte; macht sich Gedanken über eine spirituelle Vertiefung des Familienlebens; verpflichtet die einzelnen Bischofskonferenzen, das *Jahr des Kindes 1979* angemessen zu begehen, und bekräftigt die Tatsache einer befruchtenden Wechselwirkung zwischen zölibatärem Zeugnis und ehelicher Treue. Ungewöhnlich für afrikanische Ohren war die Forderung, die Personwürde der Frau zu respektieren und ihren Status in der Gesellschaft zu verbessern.

Kritik an den politischen Zuständen des Kontinents

Folgerungen und Forderungen aus den umfangreichen Positionspapieren der anglo- und frankophonen Bischofskonferenzen Westafrikas flossen, affirmativ diskutiert, unmittelbar in die Schlußresolution ein. Sie betont das Recht der Eltern auf Erziehung ihrer Kinder gegenüber jeder staatlichen und gesellschaftlichen Bevormundung. In besonderer Weise wird die *staatsbürgerliche Erziehung* junger afrikanischer Christen hervorgehoben. In den Debatten führte man wiederholt Klage darüber, die Bildung einer christlichen Elite in Afrika versäumt zu haben. Ein hochqualifiziertes Institut, das Studien eines politischen und wirtschaftlichen Managements mit der Vermittlung christlich-ethischer Prinzipien verbindet, wäre für Afrika ein überfälliges Entwicklungsprojekt.

Die Massenmedien haben von der Fünften Vollversammlung des Symposiums der Bischofskonferenzen von Afrika und Madagaskar im wesentlichen nur ein Ergebnis aufgegriffen: die *SECAM-Erklärung über Gerechtigkeit und Frieden in Afrika*. Mit diesem Dokument hat es sich die Konferenz nicht leichtgemacht. Sie ließ sich zwei Analysen zur wirtschaftlichen und politischen Situation des Kontinents vorlegen, deren geradezu brutale Ehrlich-

keit deprimierte. Die Anwesenheit von Vertretern aus Südafrika, Rhodesien, Namibia, Mosambik, Angola, Äthiopien, Guinea etc. belebte eine freimütige Diskussion, die schließlich zu dem Entschluß führte, Menschenrechtsverletzungen zwar unmißverständlich zu verurteilen, jedoch Personen nicht beim Namen zu nennen. Die Gefährdung von Leib und Leben einzelner Delegierter war zu groß.

Trotz dieser Zurückhaltung rechnet die Erklärung schonungslos ab mit der zynischen Menschenverachtung in vielen Teilen des afrikanischen Kontinents. Sie verurteilt die Eingriffe ausländischer Mächte und beschwört die Afrikaner, das Geschick ihres Kontinents in eigene Hände zu nehmen. Die Bischöfe scheuen sich nicht, den selbstsüchtigen Mächtigen zwischen den Zeilen den Vorwurf zu machen,

dem einfachen Mann auf der Straße sei es unter kolonialer Bevormundung besser ergangen als in den Zeiten der politischen Unabhängigkeit.

Nimmt man diese Erklärung aus (wir werden sie noch gesondert dokumentieren), bleibt recht wenig, was man schwarz auf weiß von dieser Fünften Vollversammlung nach Hause tragen konnte. Wer die Bedeutung des Treffens daran messen wollte, hätte es aber gründlich mißverstanden. Nach afrikanischer Tradition gibt das gesprochene Wort den Ausschlag. Was in Nairobi gedacht, gesagt und in die Zukunft projiziert wurde, war ganz gewiß ein deutliches Echo auf jenes für manche beängstigende, für andere ermutigende Abenteuer, auf das sich Europas Kirche einließ, als sie sich zum Wagnis entschloß, Weltkirche zu werden.

K. R. H.

Kühlt das Verhältnis zwischen Kirche und Staat in Polen wieder ab?

In Polen hat sich das Verhältnis zwischen der katholischen Kirche und dem Staat wieder erheblich abgekühlt. Von seiten der Kirche ist man enttäuscht darüber, daß der Staat zu wenig auf die konkreten Forderungen der Kirche eingegangen ist, die Primas Kardinal Wyszynski in seiner Warschauer Predigt zum Dreikönigstag am 6. Januar in der Warschauer Kathedrale vorgebracht hatte. Um einen Beitrag zur moralischen Erneuerung der Nation und damit zur Überwindung der gegenwärtigen Schwierigkeiten leisten zu können, brauche die Kirche größere Einflußmöglichkeiten über den reinen Kultbereich hinaus. Wyszynski nannte damals unter anderem den Zugang zu den Massenmedien, die Schaffung einer authentischen katholischen Presse, Wiederherstellung katholischer Organisationen und das Recht zur Herausgabe von Büchern.

Als zentraler Punkt kristallisiert sich immer mehr die damals von Wyszynski ebenfalls vorgebrachte Forderung nach *Anerkennung des öffent-*

lich-rechtlichen Status der Kirche heraus. Sie ist für die polnischen Bischöfe Vorbedingung für die Normalisierung der Beziehungen zwischen Kirche und Staat und aus der Sicht des Episkopats somit auch für die Anknüpfung diplomatischer Beziehungen zwischen dem Vatikan und der Volksrepublik Polen. Die Bischöfe wollen auf diese Weise die unabhängige Stellung der Kirche auch juristisch untermauern, während der Staat versichert, daß dies eine Verletzung des Grundsatzes der Trennung von Kirche und Staat wäre.

Die Kirche will öffentlich-rechtlichen Status

Diese Frage hat denn auch bei den jüngsten Gesprächen des Vatikanvertreter, Erzbischof Luigi Poggi, in Warschau eine erhebliche Rolle gespielt. Poggi war vom 23. Mai bis zum 6. Juni in Polen. Schon vor diesem Besuch hatte Wyszynski bei der am 4. und 5. Mai in Tschenschow tagenden

163. Bischofskonferenz versichert, die Normalisierung der Beziehungen zwischen Kirche und Staat sei durchaus noch keine Tatsache, sondern man finde sich erst in der Eingangsphase. „Der Grundstein einer gesunden Normalisierung muß immer die Anerkennung des öffentlich-rechtlichen Charakters der Kirche sein“, heißt es in dem nach dieser Konferenz veröffentlichten Kommuniqué. „Aus dieser Anerkennung kann sich erst eine juristische Ordnung ergeben, die der Kirche die Möglichkeit für eine ruhige und ertragreiche Arbeit sichert.“

In der nach dem Poggi-Besuch veröffentlichten Verlautbarung über die 164. Bischofskonferenz vom 14. und 15. Juni wird das gleiche Problem als Grundfrage der Unterredungen Poggis mit den Vertretern der Regierung in den Vordergrund gerückt. Erzbischof Poggi habe dabei über die „grundlegenden Prinzipien gesprochen, die für die Regelung der Beziehungen zwischen Kirche und Staat unabdingbar sind“, heißt es da, und weiter wird versichert: „Die Bischöfe geben ihre Überzeugung zum Ausdruck, daß die Anerkennung der Kirche als öffentlich-rechtliche Person *das Grundprinzip* bildet, worauf sich die ständige Regelung der Beziehungen zwischen der Kirche und dem Staat gründen muß. Ohne eine Einigung über die Grundsätze, auf die sich die Regelung des juristischen Status der Kirche gründen soll, und ohne die Garantie der Bedingungen für die Erfüllung ihrer Mission kann man schwer über die Normalisierung und einen Fortschritt der Gespräche zwischen der apostolischen Hauptstadt und der Regierung der Volksrepublik Polen sprechen.“

Da die Regierung aus grundsätzlichen Erwägungen bisher auf diesen Punkt nicht eingehen will, scheint die seit Jahren diskutierte *Möglichkeit der Anknüpfung diplomatischer Beziehungen* zwischen dem Heiligen Stuhl und der Volksrepublik Polen wieder in recht weite Ferne gerückt zu sein. Ohnehin wird man abwarten müssen, wie der Tod Papst Pauls VI. sich auf die Ostpolitik des Vatikans auswirkt. In ihren Nachrufen hatten die Warschauer Zeitungen am 7. August daran

erinnert, daß unter dem Pontifikat Pauls VI. die Diözesangrenzen in den Oder-Neiße-Gebieten neu geregelt wurden, womit „endlich der Weg für eine Normalisierung der Beziehungen unseres Landes mit dem Vatikan geöffnet wurde“ (Trybuna Ludu, 7. 8. 78). Man spricht in Warschau zur Zeit nicht mehr soviel davon, daß Erzbischof Poggi in absehbarer Zeit ständig hier residieren könnte – wenn schon nicht als Nuntius, so doch als ein ständiger Vatikanvertreter unterhalb der Ebene voller diplomatischer Beziehungen.

Stein des Anstoßes: Jugendarbeit

Auch in der Frage eines breiteren Wirkungsbereiches der Kirche über die rein kirchlichen Belange hinaus scheint man trotz der spektakulären Begegnung Wyszynskis mit Parteichef *Edward Gierek* im November letzten Jahres und nach dem Vatikanbesuch Giereks am 1. Dezember nicht weitergekommen zu sein. Der Staat hofft auf eine allmähliche religiöse Indifferenz der Jugend bei fortschreitender Verstädterung und Massenmotorisierung. Diese Gefahr wird auch von vielen Vertretern der Kirche gesehen, und daher beginnt man, immer größeren Wert auf *Jugendarbeit* zu legen.

Stein des Anstoßes sind jedes Jahr die von den *staatlichen Jugendorganisationen und Betrieben organisierten Ferienlager*, bei denen oft keine Möglichkeit zum Kirchengang besteht. Auch diesmal ermahnten die Bischöfe vor den Ferien wieder die Eltern und Erzieher, für die Möglichkeit religiöser Praxis in diesen Lagern zu sorgen. In vielen Gemeinden gehen auch Priester mit Jugendgruppen auf Wanderschaft und halten in freier Natur Andachten und Messen ab. Diese Form der Jugendarbeit sowie die Gründung von Rekollektionszentren wird von den Behörden ungern gesehen. Dabei gibt es immer wieder Schwierigkeiten – vor allem in der Provinz. „Die Bischofskonferenz erwartet, daß die Behörden in diesem Jahr damit aufhören, die Seelsorger bei dieser wichtigen reli-

giös-erzieherischen Arbeit zu behindern, zu der sie von ihren Bischöfen beauftragt sind, und daß sie mit Repressionen gegen die Bauern aufhören, die den Jugendgruppen und ihren Seelsorgern Gastfreundschaft gewähren“, heißt es im Kommuniqué nach der Juni-Bischofskonferenz.

Da beide Seiten sich klar darüber sind, daß von der Jugendarbeit die Zukunft der in Polen auch bei der jungen Generation weiter sehr einflußreichen katholischen Kirche abhängt, stoßen hier die Interessen der ideologisch motivierten Partei und der Kirche besonders hart zusammen. Immerhin mischt sich die Regierung weiterhin nicht in den von der Kirche in kirchlichen Räumen veranstalteten Religionsunterricht ein, an dem über 90 Prozent der schulpflichtigen Kinder teilnehmen. Besonders stark ist die Frequenz in den unteren Schulklassen und auf dem Lande.

In diesen Bereich fällt auch das von der Kirche beanspruchte *Recht zur Herausgabe von Büchern*. Im April legte eine mit dieser Frage befaßte Kommission der Bischofskonferenz ein Gutachten vor, in dem versichert wird, daß die Behörden zur vollen Befriedigung der Nachfrage den Druck von einigen hunderttausend Evangelien jährlich genehmigen müßten. Zur Zeit werden jährlich einige zehntausend Evangelien gedruckt. Obwohl im Jahr rund 300 000 Exemplare von Katechismen gedruckt werden, decke auch diese Anzahl bei weitem nicht den Bedarf, denn die Mehrzahl der 8 Millionen Schüler in Polen besuchen den Religionsunterricht. Somit entfalle ein Katechismus auf 26 Schüler, heißt es in dem Kommissionsbericht. Die Herausgabe religiöser Bücher durch nichtkirchliche Organisationen könne diesen Mangel nicht beheben, da diese nicht einen der Lehre der Kirche entsprechenden Inhalt garantierten.

Reibungen wegen „Caritas“ und innerer Opposition

Zugespißt hat sich in letzter Zeit wieder der Streit um die „Caritas“, die 1950 der Kirche entzogen wurde, aber

weiter unter diesem Namen firmiert. Die von der „Caritas“ gegründeten „Priesterzirkel“ oder Organisationen „patriotischer Priester“ waren in der stalinistischen Zeit als Hebel bei den Versuchen zur Spaltung und Aufweichung der Kirche benutzt worden. In einem kürzlich von der Bischofskonferenz herausgegebenen Rundschreiben an die Geistlichkeit erneuerten die Bischöfe ihr für alle Priester geltendes Verbot, sich ohne spezielle bischöfliche Genehmigung in irgendeiner Weise an der Arbeit der „Caritas“ oder an dem von dieser Organisation gegründeten *Rentenfonds für Priester* zu beteiligen. Diese beiden Institutionen sollten die Geistlichkeit spalten und sie materiell von außerkirchlichen Faktoren abhängig machen. Die Sorge für die Priester bei Alter und Krankheit sei allein Sache der Bischöfe. Der Rentenfonds sei also eine Einmischung in die Rechte und Pflichten des Episkopats.

Öffentlich hält die Kirche sich gegenüber den *verschiedenen Gruppen oppositioneller Intellektueller* in Polen weiterhin zurück, ist aber für die Opposition dank ihrer Unabhängigkeit von der Partei ein wichtiger Kristallisationspunkt. Keinen Hehl macht die Kirche aus ihrer Sympathie für die „*Gesellschaft für wissenschaftliche Kurse*“, deren Mitglieder zeitgeschichtliche Kurse in Privatwohnungen veranstalten. Dafür erhielten einige Wohnungsbesitzer Geldstrafen wegen illegaler Versammlungen. In dem Kommuniqué über die 162. Bischofskonferenz vom 8. und 9. März heißt es unmißverständlich: „Die Kirche wird solche Initiativen unterstützen, die darauf abzielen, auf authentische Weise die Kultur, die Schöpfungen des menschlichen Geistes und die Geschichte der Nation aufzuzeigen, denn die Nation hat ein Recht auf objektive Wahrheit über sich selbst.“ Am 21. Mai wurde in allen Kirchen Polens ein Hirtenbrief mit einem Appell zur Pflege und Erhaltung der nationalen, christlich geprägten Kultur verlesen.

Trotz aller Auseinandersetzungen ist das Verhältnis zwischen Kirche und Staat in Polen aber noch immer viel besser als in den sechziger Jahren zur

Zeit des damaligen Parteichefs Władysław Gomułka. Es besteht ein direkter, ständiger Kontakt zwischen dem Sekretär des Episkopats, Bischof *Dabrowski*, und der Regierung, die sich angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten keine ernsthaften Auseinandersetzungen mit der Kirche leisten kann und will. Die politische

Führung hätte vermutlich auch nichts dagegen einzuwenden, wenn Primas Kardinal Wyszyński mit dem *Friedensnobelpreis* ausgezeichnet würde. Ein entsprechender Antrag der katholischen Universität in Lublin an das norwegische Parlament konnte jedenfalls ohne Beanstandungen der Zensur veröffentlicht werden. R. M.

Maltas sozialistische Kirchenpolitik mündet im Kulturkampf

Für die unter *Dom Mintoff* sozialistisch regierte Inselrepublik Malta zeichnet sich schon jetzt auf den Stichtag des 31. März 1979 ihre Herauslösung aus der freien europäischen Gemeinschaft ab. Nachdem das Regime der seit den letzten Parlamentswahlen von 1976 nur noch mit knapper (41:39) Mehrheit regierenden „Malta Labour Party“ schon jetzt geradezu *volksdemokratische Züge* von Unterdrückung und Terrorisierung der nationalen und liberalen Opposition, Einschränkung der Pressefreiheit und Behinderung ausländischer Beobachter – so das neue Einreiseverbot für britische Berichterstatter – angenommen hat, wurde den Maltesern jetzt von Mintoffs libyschem Freund und Helfer *Muamar al-Gaddafi* bei seinem Juli-Besuch angekündigt, was ihnen 1979 nach dem Abzug der letzten englischen Truppen aus der einstigen Kronkolonie bevorstehen wird: *Einbeziehung in das radikale arabische Vorfeld des Ostblocks*, Übernahme der Verteidigung der Inselgruppe durch die libysche „*Dschamhuriya*“ und Ausbildung der maltesischen Polizisten und Soldaten in Libyen mit sowjetischen und tschechischen Waffen, womit natürlich auch eine entsprechende politische und ideologische Umschulung verbunden sein wird.

Mintoff hatte zwar ursprünglich auch Frankreich, Italien und Algerien um Übernahme von Schutzfunktionen auf Malta nach dessen Räumung durch die Engländer ersucht, sich dann aber Paris und Rom gegenüber genauso verhalten, wie er es in seiner Wirtschafts- und Investitionspolitik schon längst zu tun pflegte: Angebote westlicher Fir-

mengruppen ziemlich grundlos zurückzuweisen, um dann auf seinen Parteiveranstaltungen vor den maltesischen Arbeitslosen über den „schnöden Westen“ zu schimpfen und die Projekte Konzernen aus dem Comecon und Volkschina zuzuschmeißen.

Beginnender Kulturkampf

Gaddafis und Mintoffs Anschlußpläne für Malta an das „Gemeinsame arabische Vaterland“ beinhalten auch eine systematische Zerstörung der auf den Inseln fast ein Jahrtausend gestaltenden christlichen Kultur. Als „geistige Versklavung und Gewissensterror“ hat der libysche Führer die Rolle der katholischen Kirche, des Malteserordens und ihre kulturellen Leistungen auf Malta hingestellt. Kein Wunder, daß in La Valletta *eine Art Kulturkampf* begonnen hat, der frappierend an das Vorgehen der kommunistischen Machthaber in Osteuropa nach ihrer Machtergreifung gegen den Katholizismus erinnert.

Bisher hatte die katholische Kirche seit ihrer lang zurückliegenden Auseinandersetzung mit der Liberalen Partei der damaligen britischen Kronkolonie und heute selbständigen Inselrepublik unantastbar über der Tagespolitik gestanden. Das änderte sich auch nach den Wahlen von 1971 nicht, die anstelle der bis dahin regierenden Nationalistischen Partei von *Fenech Adami* die sozialistische „Malta Labour Party – Partit Laburista“ *Dom Mintoffs* an die Macht brachten. Die neue Linksregierung gab sich der Kirche gegenüber einen zunächst wohlwol-